

Jährlich werden 15 Millionen Mädchen vor deren 18 Geburtstag verheiratet

"Kinder- und Zwangsehen stellen eine grobe Menschenrechtsverletzung dar und gefährden die Gesundheit", mahnt Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung, anlässlich des Beschlusses der Nachhaltigen Entwicklungsziele - SDGs beim UN-Gipfel von 25. bis 27. September.

Das Unterziel 5.3 strebt an, alle schädlichen Traditionen bis 2030 zu beenden und nennt neben der weiblichen Genitalverstümmelung explizit die Zwangsehe. "Betroffene Mädchen werden den Gefahren von Teenagerschwangerschaften ausgesetzt, verlassen die Schule zu früh und schlittern so häufig in eine Negativspirale von Armut und Abhängigkeit." Die zweithäufigste Todesursache von 14- bis 18-jährigen Mädchen sind Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt.



Die Erde bei Nacht

"Heute wird dem Präsidenten der UN-Generalversammlung eine Deklaration auch in Bayrs Namen übergeben, mit der über 500 Abgeordnete aus aller Welt das Ende von Kinder- und Zwangsehen fordern: "Es ist wichtig, dass EntscheidungsträgerInnen weltweit zur Beseitigung der Kinderehe an einem Strang ziehen", ist die Nationalratsabgeordnete überzeugt. Das internationale Netzwerk "Parliamentarians for Global Action" (PGA) hat das Unterzeichnen der Deklaration koordiniert. Darin forderten Abgeordnete aus aller Welt erfolgreich, dass das Beseitigen von Kinderehe auch in der neuen Entwicklungsagenda einen prominenten Stellenwert einnehmen soll. Offen bleibt die Forderung nach mehr nationalen Mitteln zum Schutz und zur Förderung von Frauen und Mädchen. "Besonders freut mich, dass die Petition auch von vielen österreichischen Abgeordneten unterstützt worden ist", so Bayr, die Vorstandsmitglied von PGA ist und die Petition als Vorsitzende des Gender, Equality and Population Programms von PGA mitinitiiert hat, abschließend.

Wie viele Abgeordnete in welchen Ländern unterzeichnet haben, ist hier ersichtlich:
<http://www.pgaction.org/campaigns/cefm/declaration.html>